schnittsverbrauch von 83½ Kilogramm feststellte!) Da der Zahlungsfähige viel mehr Fleisch ißt als der Minderbemittelte, ist die Wirklichkeit der Unterernährung für letztere noch weit schlimmer, als sie in diesen Durchschnittszahlen in Erscheinung tritt. Aber nicht nur der Fleischverbrauch zeigt ein so großes Defizit. Auch alle andern für die Ernährung höchst wichtigen Waren, wie Fisch, Butter, Eier, Milch, Käse, zeigen im Jahre 1923 einen starken Rückgang des Verbrauchs. Bei Roggen betrug er 40, bei Weizen 70 und bei Gerste gar 72 Prozent. Dazu rechne man die große Unterernährung in der Kriegszeit. Die Kohlrübenperiode wird allen Menschen, die sie durchmachen mußten, in Erinnerung bis an ihr Lebensende bleiben.

Und die Folgen dieser grauenhaften Zustände? Krankheit, Siechtum, Verkrüppelung, Degeneration in weitesten Kreisen. Man orientiere sich darüber in den medizinischen Fachschriften, man beachte die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder! Die Tuberkulose, eine ausgeprägte Hungerkrankheit, hat stark um sich gegriffen. Die Kinder sind von der Englischen Krankheit heimgesucht, auffällig ist ihr Zurückbleiben im Wachstum.

Und von dieser ausgemergelten Arbeiterschaft verlangt man obendrein mehr Arbeit, höhere Leistung, fordert man längere Arbeitszeit und Tiefhaltung der Löhne. Einem so mißhandelten Volke mutet man Wucherzölle zu, die seine Lage um ein weiteres verschlechtern müßten! Und man erkennt nicht, daß mit einer solchen Methode am Ende die Henne geschlachtet wird, die die goldenen Eier legt. Nach uns die Sintflut. — so verblendet handelt auch heute noch ein in Egoismus und Raffgier versessenes Unternehmertum. Die Arbeiter aber haben das satt! Will man das deutsche Volk wieder auf eine höhere Kulturstufe heben — und das muß man! —, dann ist erste Bedingung und Voraussetzung: menschenwürdigere und gesichertere Existenz der Massen! Erst ein körperlich und geistig gekräftigtes, gehobenes Arbeitsvolk wird höhere Leistungen vollbringen können. Höhere Löhne, billigere Preise, ein erträgliches Maß der Arbeitszeit, Erhaltung des Achtstundentages, — das alles und ähnliches ist identisch mit höherer Kultur im allgemeinen.

So erheben sich die Forderungen der Arbeiterklasse weit über solche der Persönlichkeit und des Tages. Weltreiche der früheren Zeit sind elend zugrunde gegangen an der rücksichtslosen und unbegrenzten Ausbeutung der Massen. Hat die Degeneration derselben einen Grad erreicht, der die zur Erhaltung der Gesellschaft nötige Produktion unmöglich macht, dann muß diese Gesellschaft zusammenbrechen. Aus der Geschichte sollte auch die besitzende Klasse von heute lernen!

Ueberlegungen solcher Art müssen von jedem Wähler angestellt werden, damit er sich am 7. Dezember nicht falsch entscheide. Im neuen Reichstag wird es um alle die hier kurz erörterten Fragen gehen. Und man bedenke, daß die Wähler nach dem 7. Dezember wohl nicht so bald wieder Gelegenheit haben werden, ihre Stimme in die Wagschale der Reichspolitik zu legen. Verpaßt das Proletariat, das gesamte werktätige Volk diese Gelegenheit, dann ist es selbst schuld, wenn ihm neues Elend beschert wird.

Der Reorganisator

Ueber die falsche Organisation der deutschen Flotte durch Tirpitz, den führenden Reklamekandidaten der Deutschnationalen, lesen wir in dem Buche: „Die Tragödie Deutschlands“:

Die englischen Schiffe trugen 43,8 und 38,1 Zentimeter im vorzüglichen, in Deutschland, aus Industriekonkurrenzgründen unterschätzten, Armstrong-Geschützkonstruktionen. Glücklicherweise hatten die Deutschen in Scheer einen dem englischen Admiral (in der Schlacht vor dem Skagerrak, d. Red.) weit überlegenen Führer, sonst wären sie von den viel besseren englischen Geschützen vernichtet worden. In vielen Blättern ist zu lesen: „Wir lagen unter dem schweren Feuer der feindlichen mächtigen Artillerie. Unsre Geschosse gingen sämtlich zu kurz, da unser Kaliber nicht ausreichte. Es war zum Verzweifeln.“ Trotz ihrem Erfolge war die deutsche Flotte nicht mehr in der Lage, es auf eine Wiederholung des Duells im Laufe des Krieges ankommen zu lassen. Sie war konstruktiv dazu nicht fähig, diese Flotte, wegen deren Von Wilhelm II. und Tirpitz den Bruch mit England und damit den Weltkrieg riskierten. Also auch hier hatte Tirpitz vollkommen versagt. Sein Eigensinn oder andre Eigenschaften ließen die tapferen deutschen blauen Jungen mit Geschützen, die 19 Kilometer trugen und 8,5 Zentner schwere Geschosse versandten, gegen Geschütze von 20,5 Kilometer Reichweite und 17 Zentner Geschoßgewicht verbluten. Nur der bessere Panzer und die Entschlossenheit der deutschen Führung unter Scheer, namentlich des Führers des Schlachtkreuzergeschwaders, Hipper, auf nahe Entfernung an den Feind heranzugehen, retteten die deutsche Flotte. Hier war das unsichtige Wetter ein ebenso großes Glück wie der späte Beginn der Schlacht, der es den Engländer nicht mehr möglich machte, ihre Ueberlegenheit voll zur Geltung zu bringen.

Der deutschnationale Tirpitz aber soll nach den Wünschen seiner Anhänger, der Reorganisator Deutschlands werden. Das arbeitende Volk wäre dann, wie unsre Marine am Skagerrak, der Fernwirkung der Schwerindustrie und des Junkertums ausgeliefert und würde wie jene Kämpfer zur See stöhnen müssen: „Zum Verzweifeln.“ Deshalb sorgt am Wahltage für eine vernünftige, für eine wahrhaft demokratische und republikanische Organisation Deutschlands, bei der das Volk nicht zu kurz kommt..!

Naumburger Justiz

[illegible] Redakteur unsres Zeitzer Parteiorgans, [illegible], war wegen eines Preßvergehens zu Gefängnis [illegible] worden. Durch Verfügung des preußischen Justizministeriums [illegible] jedoch zu Beginn dieses Jahres Strafaufschub [illegible]. Diese ist jetzt, einen Monat vor Weihnachten und [illegible] vor der Wahl, bei der Genosse Bergholz zum preußischen Landtag kandidiert widerrufen worden, [illegible] Bewährungsfrist nicht einwandfrei geführt habe" — [illegible] nämlich in einen neuen Preßprozeß verwickelt. Das ist für einen [illegible] Redakteur, für den Naumburger [illegible], nichts Außergewöhnliches. Tatsächlich hat es die Naumburger Justizbehörde fertiggebracht, den Genossen Bergholz am Freitag verhaften zu lassen und ihn dadurch seiner Wahlpropaganda als Landtagskandidat zu entziehen. Dabei war ein neues Gnadengesuch an den preußischen Justizminister gerichtet worden, in dem der Tatbestand genau dargelegt ist. Das Vorgehen der Strafvollstreckungsbehörde in Naumburg stellt sich als ein Akt ungewöhnlicher Rücksichtslosigkeit und Härte dar, zumal es sich um ein politisches Vergehen handelt. Das schroffe Vorgehen der Naumburger Justiz erregt um so größeres Aufsehen, als Genosse Bergholz nun auch wieder in diesem Jahr genau wie im vergangenen Jahre unmittelbar vor Weihnachten seiner Familie entrissen wird. Ein solches Verhalten läßt natürlich höchst peinliche Schlüsse auf die Objektivität der gegen ihn vorgehenden Justizbehörden zu. Ob der preußische Justizminister die Naumburger Justiz in gerechte Bahnen lenken will und kann — steht dahin.

Abnahme der Arbeitslosen in England

Aus London wird uns geschrieben: In den letzten drei Oktoberwochen hatte die Zahl der Arbeitslosen in England um rund 13 000 abgenommen. Dagegen steigerte sich die Ziffer Anfang November um 24 771 auf 1 228 000. Diese neuerliche Zunahme der Arbeitslosigkeit erklärt sich nicht ganz dadurch, daß die von den Parteien im Wahlkampf direkt oder indirekt beschäftigten Arbeitslosen wieder um Unterstützung einkehen. Zu beachten ist vielmehr aber, daß eine Reihe von Gesellschaften zum Zwecke der Demonstration gegen die Labour-Regierung entlassene Arbeiter wieder eingestellt hatte, worauf die reaktionäre Presse seit Wochen so tat, als ob lediglich der Sturz Macdonalds und die Rückkehr einer konservativen Regierung unmittelbar die Wirtschaft anfeuern und zu einer sofortigen Entlastung des Arbeitsmarktes führen werde. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß dies nicht die letzte Illusion gewesen sein wird, die sich das Bürgertum und ein Teil der Arbeiterschaft über die Wunderwirkung des Konservativismus gemacht haben und daß sich die Haltlosigkeit der Parolen gegen Macdonald wegen seiner angeblich die Wirtschaft Großbritanniens vernachlässigenden Politik nur allzubald zeigen werde.

Englische und deutsche Seeleute

S. **London**, 23. November. (Eig. Drahtb.) Gegen den im englisch-deutschen Handelsvertragsentwurf vorgesehenen Passus, nach dem deutsche Seeleute auf englischen Schiffen beschäftigt werden können, hat der Verband der britischen Seeleute energischen Protest eingelegt, weil noch immer 25 000 britische Seeleute arbeitslos sind.

Schweden für Deutschland

Die Antwort der schwedischen Regierung auf das Memorandum der Reichsregierung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist nunmehr in Berlin eingegangen. In ihrer Antwort gibt die schwedische Regierung der Auffassung Ausdruck, daß Deutschland in der Organisation des Völkerbundes dieselbe Stellung erhalten solle, wie die übrigen Großmächte. Sie erklärt sich ferner bereit, dahin zu wirken, daß vom Völkerbundrat und der Völkerbundversammlung entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit Deutschland sofort einen ständigen Ratssitz erhalte. Die schwedische Regierung hält es für kaum vereinbar mit der Bundessatzung und ihren Grundsätzen, daß Deutschland mit einem Vorbehalt bezüglich wichtiger Verpflichtungen aus Artikel 16 eintrete. Sie gibt dagegen der Meinung Ausdruck, es sei mit dem Artikel 16 nicht unvereinbar, daß bei der Ausführung von Sanktionen Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, namentlich die deutsche Rüstungsbeschränkung, genommen werde und spricht die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung den Artikel 16 nicht als ein Hindernis für den Eintritt empfinden werde.

Kriegsentschädigung für Amerika

P. **Paris**, 24. November. (Eig. Drahtber.) Die Konferenz der alliierten Finanzminister wird nicht vor Mitte Dezember zusammentreten. Die Amerikaner werden offiziös an den Verhandlungen teilnehmen. Sie wünschen an der Verteilung der von Deutschland gezahlten Beträge beteiligt zu werden, und zwar sollen dadurch die Kosten der amerikanischen Besatzung im Rheinland und die Kriegsschäden, die durch den deutsch-amerikanischen Vertrag anerkannt worden sind, gedeckt werden. Der französische Finanzminister gab dazu die Erklärung ab, daß schon vor einem Monat, nämlich am 25. Oktober, zwischen ihm und dem amerikanischen Botschafter in Paris eine Vereinbarung in dieser Angelegenheit getroffen wurde. Die Vereinigten Staaten verzichten danach auf die Wiedergutmachung der Personenschäden und verlangen nur gewisse Sachschäden ersetzt. Diese Entschädigung soll aus den Jahreszahlungen des Dawes-Planes gezahlt werden.

Für Begnadigung Nathusius'

P. **Paris**, 24. November. (Eig. Drahtb.) Die Information, daß die französische Regierung die Begnadigung des Generals Nathusius in Aussicht genommen hat, wird auch von den Abendblättern bestätigt. Selbst der nationalistische Intransigeant erkennt an, daß auf Grund einer unparteiischen Prüfung des Verhandlungsergebnisses eine Gnadenmaßnahme zugunsten des Generals vollauf begründet erscheine.

Kleine politische Nachrichten

Ein Dichter für Fechenbach

Einen Aufruf für die Freilassung Fechenbachs, der bereits länger als 25 Monate in einem bayerischen Zuchthause sitzt, veröffentlicht der Dichter Fritz v. Unruh in der Frankfurter Zeitung. Er sagt darin u. a., er habe erst jetzt die Akten Fechenbachs gelesen und sein Glaube an die Unantastbarkeit des deutschen Richters sei dadurch erschüttert worden. — Die bayerischen „Volksgerichte“ waren eine einzige große Schmach, aber noch schlimmer ist es, daß die jetzige bayerische Regierung nichts tut, um das Justizverbrechen an Fechenbach wieder gutzumachen.

Marokkos Friedensbedingungen an Spanien

Madrid, 23. November. (Eig. Drahtb.) Abdel Kerim, der Führer der Riffkabylen, hat für den Friedensschluß mit Spanien folgende Bedingungen gestellt: eine Kriegsentschädigung von 20 Millionen Goldpesetas, Uebergabe von 12 Aeroplanen, einer Batterie Feldartillerie und 10 000 Gewehren mit Munition.

Verfolgung der republikanischen Bauern in Südslawien

Wien, 25. November. (Eig. Drahtber.) Die südslawische Regierung hat auf Vorschlag des Innenministers beschlossen, die „Gesetze zum Schutze des Staates“ gegen die republikanische Bauernpartei des Bauernführers Raditsch anzuwenden. Es wurde daraufhin die Festnahme von vier Führern der Republikanischen Bauernpartei, darunter des ehemaligen Vizepräsidenten, Dr. Maschek-Predamtz, verfügt, weil sie mit Moskau und der mazedonischen Revolutionspartei in Verbindung stünden.

Regierungswechsel in der Türkei

Konstantinopel, 24 November. Das Kabinett Ismet-Pascha ist deshalb zurückgetreten, weil ein Teil der bisherigen Regierungsmehrheit aus dieser ausgetreten ist und eine Fraktion der Republikanisch-Fortschrittlichen Partei gegründet hat. Präsident Mustapha Kemal-Pascha betraute den bisherigen Kammerpräsidenten Fethi-Bei mit der Bildung des Kabinetts, der bereits die neue Regierung zusammenstellte.

Die kommunistische Fraktion des bayerischen Landtages hat einen Antrag auf sofortige Auflösung des Landtages gestellt. Die Kommunisten begründen ihren Antrag damit, daß die Zusammensetzung nicht mehr dem Willen der Wählermassen entspräche.

Die Vergewaltigung Aegyptens

S. **London**, 24. November, abends 8 Uhr. (Eig. Drahtb.) Die englische Regierung ist am Montagnachmittag abermals zusammengetreten, um über die Fortführung der Aktion gegen die Unabhängigkeit Aegyptens zu beraten.

Auf die teilweise Ablehnung des englischen Ultimatums hat der englische Oberkommissar Allenby eine Note an Zaglul-Pascha gerichtet, in der von der Ablehnung der letzten Forderungen des Ultimatums (Zurückziehung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan und unbeschränkte Erweiterung des Bewässerungsgebietes von Gezireh) Kenntnis genommen wird. Inzwischen hat die ägyptische Regierung die geforderte Entschädigung bereits gezahlt und bei dieser Gelegenheit nochmals gegen die britischen Forderungen protestiert.

Die großen englischen Zeitungen, voran die Times, versuchen das Vorgehen der englischen Regierung zu rechtfertigen. Aber alle tönenden Worte können die Welt nicht davon überzeugen, daß England recht tut. Es handelt sich hier um einen Akt nackter zynischer und brutaler Vergewaltigung eines Landes, das das Unglück hat, den machtpolitischen Plänen Englands im Wege zu liegen. Die erste politische Aktion der konservativen Regierung ist die Vergewaltigung einer kleinen Nation. Der ganze Vorgang läßt erkennen, daß die britische Regierung von dem Tode des ermordeten Oberkommandierenden vielleicht menschlich berührt worden ist, daß sie politisch aber die Mordtat als einen längst gesuchten Vorwand mit Freude begrüßt hat.

Vollmachten für den Diktator

S. **London**, 24. November. (Eig. Drahtb.) Das englische Kabinett hat dem Oberkommissar Aegyptens Lord Allenby weitestgehende Vollmachten hinsichtlich der weiteren Aktion in Aegypten gegeben. Ihm ist auch die Gewalt über die militärischen Kräfte Englands in Aegypten übergeben worden, obwohl militärische Autoritäten dagegen Bedenken geäußert haben. Es wird als sicher angesehen, daß die englische Regierung in Aegypten den Belagerungszustand verkünden wird, um verschiedene ägyptische Behörden besetzen und die Post und Telegraphenämter unter Kontrolle nehmen zu können.

Eine neue Regierung Siwar

S. **London**, 24. November. (Eig. Drahtb.) Das ägyptische Kabinett ist zurückgetreten, weil es gegen die englische Aktion völlig ohnmächtig ist. Nachdem Zaglul-Pascha die Dimission seines Kabinetts eingereicht hatte, ist der Präsident des Senats Achmed-Pascha Siwar mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden. Der neue Ministerpräsident hat schon verschiedenen Regierungen angehört und war, ehe er zum Präsidenten des Senats ernannt wurde, Geschäftsträger Aegyptens in Rom. Er gilt als Anhänger der gemäßigten Richtung in Aegypten und in gewissem Grade als Freund Englands.

England hat inzwischen eine Reihe weiterer Kriegsschiffe nach ägyptischen Häfen und nach dem Suez geschickt.

Hinauswurf Aegyptens aus dem Sudan

S. **London**, 24. November. (Eig. Drahtb.) Die Ausweisung der ägyptischen Offiziere und Truppenteile aus dem Sudan ist unmittelbar nach der Ankunft des entsprechenden Befehls des britischen Oberkommissars noch in der Nacht zum Montag durchgeführt worden. Die englische Regierung versucht jetzt abzustreiten, daß sie das britisch-ägyptische Kondominium (Kolonie mit gewisser Selbstverwaltung) über den Sudan zugunsten der rein britischen Herrschaft beseitigt habe, und erklärt lediglich, den Sudan „von unerwünschten Elementen gesäubert“ zu haben. Daß durch diese Säuberungsaktion Aegypten praktisch aus dem Sudan ausgeschaltet und damit tatsächlich eine rein englische Kolonie geschaffen worden ist, weiß die dementierlustige Regierung von London natürlich ganz genau.

Ueber den Sudan wurde der Belagerungszustand verhängt.

Ein neuer Balkanbund?

Belgrad, 24. November. Das Organ der Partei des früheren Ministerpräsidenten Davidowitsch, die Prawda, meldet, daß in der vorigen Donnerstag unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Sitzung des Ministerausschusses für Volksverteidigung auch die Frage der Abschließung einer Militärkonvention zwischen Südslawien, Rumänien und Italien verhandelt wurde. Die diesbezüglichen Verhandlungen seien schon einige Tage im Gange und würden parallel in Rom und Bukarest geführt. Mit der italienischen Regierung verhandle der südslawische Gesandte in Rom, Antonijewitsch, mit der rumänischen der Bukarester Gesandte Antitsch.

Die Konvention soll angeblich noch vor der nächsten Konferenz der Kleinen Entente, die Mitte Januar in Bukarest stattfinden soll, abgeschlossen werden. Nach der Bukarester Konferenz soll sodann die Reise des südslawischen Königspaares nach Rom erfolgen.

Die polnischen Insurgentenputsche

Leipzig, 24. November. (Eig. Drahtb.) Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Montag der Hochverratsprozeß gegen den Expedienten Emil Wiegorek aus Bunakow (Bezirk Rybnik) in Oberschlesien. Es ist dies der erste einer großen Folge von Hochverratsprozessen gegen deutsche Reichsangehörige polnischer Nationalität, wobei sich nicht weniger als rund 80 Mitglieder des polnischen Insurgentenverbandes zu verantworten haben werden. Wiegorek selbst war Führer des Insurgentenverbandes im polnischen Teil von Oberschlesien. Zweck des Verbandes ist die Förderung der Loslösungsbestrebungen Oberschlesiens von Deutschland. Die Anklage erblickt den Tatbestand des Hochverrats darin, daß der Angeklagte als Führer des Verbandes dessen Mitglieder bestimmte, reichsdeutsche Personen, die ihre Tätigkeit auf polnischem Gebiete ausüben, durch Druck aller Art zum Beitritt zu dieser deutschfeindlichen Organisation zu zwingen. W. war einer der eifrigsten Förderer der Loslösungsbestrebungen von Deutschland. Er nahm auch an den polnischen Aufständen teil. Am 15. April 1924 hatte er in Kattowitz eine Versammlung des Insurgentenverbandes einberufen und referierte dort über die Möglichkeiten eines Insurgentenputsches gegen Deutschland und die dazu nötigen militärischen Maßnahmen. Auch die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland wurde dabei eingehend erörtert. Dem Insurgentenverband standen zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung. Zwei Tage später gelang es der deutschen Polizei, W. bei einer Zollbehörde in Sosnowice zu verhaften. In Oppeln im Gefängnis wurden zwei Kassiber aufgefangen, die von W. an einen andern Führer des Verbandes gerichtet waren. In beiden Schreiben wurde den deutschen Behörden damit gedroht, daß im Falle der Verurteilung eines Insurgentenführers sofort 20 Deutsche im polnischen Gebiet zur gleichen Strafe verurteilt würden. Außerdem wurden die härtesten Maßnahmen angekündigt, wenn die Verhafteten nicht freigegeben werden sollten. Beide Schreiben waren mit E. W. unterzeichnet. Der Angeklagte will aber trotzdem von ihnen nichts wissen und erklärt, daß sie durch Spitzel an die deutschen Behörden gelangt seien.

Als erster Zeuge bekundete ein Grubenarbeiter, daß im Frühjahr ein Aufstand der Polen bevorstand, die in Oberschlesien einrücken wollten. Auf den Gruben sei von der Bewaffnung und Uniformierung der Insurgenten gesprochen worden. Das Zeugenverhör wird am Dienstag fortgesetzt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241125/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG